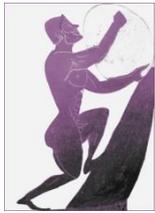


DGfE-Kongress 2010

AG 23: Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe

Organisation und Leitung: Prof. Dr. Susan Seeber (Georg-August-Universität Göttingen)

Diskutant: Prof. Dr. Günter Kutscha (Universität Duisburg-Essen)



Günter Kutscha

Rückblick auf die Beiträge der Arbeitsgruppe und kritische Annotationen zum Thema „Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe“

1. Rückblick auf die Beiträge zur AG 23

Ausgangspunkt der Kongress-Arbeitsgruppe 23 war die These von *Susan Seeber* „Als zentrale Voraussetzung für die Gewährung von Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe kann der Zugang zu und die Nutzung von Bildungsangeboten betrachtet werden.“

Der Beitrag von *Stefan Kühne* präziserte diese These anhand empirischer Daten und erhärtete den kaum noch umstrittenen Zusammenhang von Bildung, Lebenslagen und Partizipationsunterschieden in ausgewählten Formen des gesellschaftlichen Lebens. Dies entspricht u. a. den Kernaussagen sowohl des Nationalen Integrationsplans (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2007) als auch der bislang veröffentlichten Armutsberichte der Bundesregierung (zuletzt: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2008).

Schon seit Jahrzehnten ist die bildungspolitische Diskussion auf die Problematik prekärer Ausbildungs- und Erwerbsperspektiven von Jugendlichen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss fokussiert. *Martin Baethge* hat diesen Problemfokus anhand der Verteilung der Schulabgänger bzw. der Neuzugänge auf die drei Sektoren des beruflichen Ausbildungssystems in Anlehnung an den zweiten Bildungsbericht (Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung 2008) auf die besondere Situation junger Menschen im so genannten Übergangssystem zugespitzt. Perspektiven zur Lösung der Berufsstartprobleme diskutierte Baethge als endogenes Gestaltungs- und Modernisierungsprojekt des Bildungssystems: angefangen bei Einzelmaßnahmen wie denen der Verstärkung von Berufsorientierung und Berufswahlvorbereitung in der Sekundarstufe I über Koordinierungsmaßnahmen der bestehenden Teilsysteme bis

hin zur strukturellen Überwindung des „deutschen Bildungsschismas“ in Form der institutionellen Trennung von Allgemein- und Berufsbildung.

Henning Lohmann, Silke Ange und Olaf Groh-Samberg differenzierten den Zusammenhang von sozialer Lage und gesellschaftlicher Teilhabe von Personen ohne Abschluss im Zeitvergleich aufgrund der Daten des Sozio-ökonomischen Panels und in Hinblick auf die unterschiedlichen Dimensionen gesellschaftlicher Teilhabe auf den Gebieten der sozialen, kulturellen und politischen Integration. Nach den Befunden der Forschergruppe hat das Fehlen von beruflichen gegenüber schulischen Abschlüssen vor allem im Bereich Arbeitsmarkt/monetäre Ressourcen einen Einfluss auf das Ausmaß der gesellschaftlichen Teilhabe. Das Fehlen schulischer Abschlüsse wirke sich insbesondere auf die kulturelle, soziale und politische Integration aus. Die Frage, ob der Zusammenhang zwischen dem Fehlen von Abschlüssen und eingeschränkter gesellschaftlicher Teilhabe in den letzten Jahren stärker geworden sei oder nicht, sei differenziert zu beantworten: ja, zumindest in den Bereichen Arbeitsmarkt/monetäre Ressourcen, nicht eindeutig in den anderen der genannten Dimensionen.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Mit diesem universalem Anspruch des Grundgesetzes ist die Frage verbunden, wie es unsere Republik mit jener Gruppe von Jugendlichen hält, denen ökonomische, soziale und kulturelle Teilhabe in besonderer Weise erschwert ist: den (funktionalen) Analphabeten. Unter diesem Aspekt betrachtet, handelt es sich bei der Problematik der Bildungschancen dieser Gruppe von Benachteiligten nicht um ein marginales Phänomen, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag, sondern um eine Frage von grundsätzlicher Bedeutung. Die Beiträge von *Constanze Niederhaus* und *Steffi Badel* sowie von *Doreen Holtsch* und *Rainer Lehmann* demonstrierten auf solider empirischer Basis, wie schwierig die Situation für die hier angesprochene Problemgruppe ist: Dabei stellte sich zunächst die Frage: „Sind einfache Tätigkeiten wirklich einfach?“ Niederhaus/Badel sondierten Anforderungsprofile einfacher Tätigkeiten in ausgewählten Branchen, um daraus Aufschlüsse über Grundbildungsanforderungen für Mitarbeiter, die einfache Tätigkeiten ausüben, zu erhalten. Welchen Beitrag Alphabetisierungskurse zur beruflichen und sozialen Teilhabe der Teilnehmer und Teilnehmerinnen leisten (können), wurde anhand der repräsentativen Befragungsergebnisse von Holtsch/Lehmann dargestellt und diskutiert. Deutlich wurde, wie wichtig, aber auch wie komplex empirische Forschungsarbeit auf diesem Gebiet ist.

2. Kritische Annotationen zum Thema „Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe“

Die hier resümierten Beiträge sind insgesamt eine Bereicherung der empirischen Bildungs- und speziell Berufsbildungsforschung. Indes stellt sich bei ihnen – wie überhaupt in der Diskussion über Sinn und Zweck der Übergangsmaßnahmen – die prinzipielle Frage nach der

Vermeidbarkeit sozialer Stratifizierung und Exklusion. Die Ausdifferenzierung des Erziehungssystems nach *abschlussbezogenen* Bildungsgängen hat unweigerlich karrierewirksame Selektion zur Folge. Und immer dann, wenn nicht sichergestellt ist, dass das Potenzial der Schulabgänger vom Beschäftigungssystem absorbiert werden kann, wird es Residualgruppen geben, für die ein Übergang in Berufsausbildung und Arbeit nicht realisierbar ist. Das Übergangsproblem und die auf bestimmte Gruppen von Benachteiligten projizierten Exklusionseffekte sind nicht primär dem Bildungssystem als Quelle allen Übels zuzuschreiben; sie sind in erster Linie eine Folge der Entwicklungen im Wirtschafts- und speziell im Beschäftigungssystem. Überzeugende Problemlösungsperspektiven und nachhaltig wirksame Übergangsmaßnahmen können aus Sicht des Diskutanten – bei allem Respekt vor dem Engagement und der Vielfalt berufsvorbereitender Übergangsmaßnahmen sowie der darauf bezogenen Forschungsaktivitäten – innerhalb des Bildungssystems nicht erwartet werden.

Wie unsere eigenen Übergangsstudien detailliert belegen, haben berufsvorbereitende Maßnahmen zwar Einfluss auf *individuelle* Ausbildungs- und Erwerbskarrieren, sie tragen aber nur wenig oder nichts zur strukturellen Lösung des Beschäftigungsproblems benachteiligter Personengruppen bei (vgl. Eckert/Kutscha 1990; Kutscha/Reif/Weiß 1987; zum Vergleich auf aktuellerer und überregionale Datenbasis Kutscha 2004). Dafür gibt es Gründe *systemischer* Art auf makro-, meso- und mikrostruktureller Ebene. Hierzu im Folgenden einige grundsätzliche Anmerkungen. Zwei Thesenkomplexe stelle ich zur Diskussion: den einen auf der Ebene policy-theoretischer Beobachtungen „mittlerer Reichweite“, den anderen eher im Sinne einer allgemeineren gesellschaftstheoretischen Fragestellung:

Thesenkomplex 1: Die allenthalben politisch erhobene Forderung, Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe allen Bürgern dieser Republik – unabhängig von sozialer Herkunft, Gender- und Migrationshintergründen – zuteilwerden zu lassen, sowie der Anspruch auf Integration der nachfolgenden Generationen in das Gesellschafts- und Beschäftigungssystem setzen integriertes Politikhandeln voraus. Davon ist unser politisches System weit entfernt. Das gilt nicht nur für die Mehrebenenpolitik des Bundes, des Länder und der Kommunen, sondern auch für die Ressortierung der Zuständigkeiten innerhalb dieser Ebenen. In Ihrer Dissertation über „Kommunale Berufsbildungspolitik“ (1990) hat Marion Pilnei, heute Kultusministerin des Landes Baden-Württemberg, vor zwei Jahrzehnten auf bundesweiter Materialbasis die Problemverschiebungen zwischen den Politikebenen detailliert nachgezeichnet. Die unzureichende zentralstaatliche Politik gegen Jugendarbeitslosigkeit sei gekennzeichnet durch quantitative Unzulänglichkeit, mangelnde Effizienz und nicht-strukturelle Politikmuster. Diese unzureichende zentralstaatliche Politik führe dazu, dass die Kommunen unter Handlungsdruck geraten und Aktivitäten für die Jugendlichen entwickeln (S. 198). Der dafür zur Verfügung stehende Handlungsraum sei aber eng begrenzt, zum Beispiel durch die von

Bund und Ländern mitverursachte mangelnde finanzielle Ausstattung der Kommunen sowie durch das typische kommunalpolitische Interessen- und Beziehungsgeflecht innerhalb der Kommunen, das durch den starken Einfluss von Einzelinteressen der politischen Akteure, der Wirtschaft, Institutionen und Verbände charakterisiert ist. So Marion Pilnei.

Selbstverständlich gab und gibt es erhebliche regionale und kommunale Unterschiede im Ausmaß sowie in der Art und Weise, wie in den Städten und Gemeinden Berufsbildungspolitik betrieben wird. Aber selbst da, wo mit nicht unerheblichem Aufwand versucht wurde, die Idee der „Lernenden Region“ in die Praxis umzusetzen (vgl. Kutscha 1998; Hövels/Kutscha 2001), blieben die Maßnahmen der Kommunen gegen Jugendarbeitslosigkeit als „Reform von unten“ (Pilnei) ohne durchgreifenden Erfolg.

Daran hat sich bis heute nichts geändert. Gewiss: Pilneis damalige Forderung nach einer integrierten und vernetzten Bildungs- und Maßnahmenpolitik ist in der fachlichen Diskussion inzwischen Gemeingut geworden. Armuts-, Jugend- und Bildungsberichte stimmen weitgehend darin ein, dass integrierte Lösungsansätze und Politikverflechtung eine unverzichtbare Voraussetzung dafür seien, dem politisch gesetzten Ziel näher zu kommen: „Jeder zählt. Jeder Mensch braucht eine Ausbildung“, so das Motto der Bundesregierung zur Qualifizierungsoffensive 2008. Für das Übergangssystem stehen Integrationskonzepte und Managementansätze hoch im Kurs (vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung 2007). Wünschbarkeiten solcher Art haben mit der bestehenden Praxis allerdings nicht viel gemein. Politikverflechtung ist nicht einfach zu haben. Politiker und Verwaltungsapparate neigen dazu, auch dort isoliert und ressortbegrenzt vorzugehen, wo Aufgaben eigentlich nur querschnittartig zu lösen wären. Man könnte dies für ein Versäumnis der verantwortlichen Akteure halten. Indes verbergen sich dahinter *systemische* Einflussfaktoren. – Ich komme damit zur gesamtgesellschaftlichen Ebene der Problembetrachtung und beziehe mich dabei auf ein Gutachten Claus Offes für den Deutschen Bildungsrat:

Thesenkomplex 2: „Nicht was und von wem mit dem Bildungssystem und seiner Reform beabsichtigt ist, sondern welche Strukturen es erzeugt und verändert – und welchen Interessen es insofern offensteht bzw. welchen es sich verschließt – steht im Mittelpunkt einer sozialwissenschaftlichen, gesamtgesellschaftlichen orientierten Analyse von Schule, Universität und Berufsausbildung“ (Offe 1975, S. 219).

Die Nicht-Übereinstimmung zwischen deklarierten Zielen und operativen Handlungsorientierungen, zwischen zielorientiertem Handeln und Umweltbedingungen sowie zwischen manifesten und latenten Funktionen ist nach Offe die maßgebende Perspektive einer kritisch-funktionalen Analyse politischen Handelns. In diesem Sinne lässt sich auch Bildungs- und Berufsbildungsforschung heute sinnvollerweise nicht mehr auf nationale Referenzen ver-

gen. Sie hat eine globale Dimension. In dem Maße, wie Unternehmen aus nationalstaatlich begrenzten Regimen auswandern können, die sie mit international wettbewerbswidrigen Verpflichtungen zu belasten drohen, tendieren Staat und Gewerkschaften dazu, sich anstelle der Auferlegung und Durchsetzung bindender Regeln mit flexibel aushandelbaren Arrangements zu begnügen. Die Berücksichtigung der Interessen sozial schwacher Gruppen, insbesondere der jungen Benachteiligten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt, nimmt in dem Maße ab, in dem die Sicherung des Kapitalverbleibs im eigenen Land an funktionaler Bedeutung für das Wachstum der Wirtschaft gewinnt. Wie lassen sich diese Tendenzen aus Sicht der (Berufs-)Bildungsforschung einordnen? Im Hinblick auf welche gesellschaftlichen Bezugspunkte lassen sie sich plausibel erklären? Welche Probleme will die Politik erklärtermaßen lösen? Welche Probleme werden tatsächlich gelöst, welche nicht, und welche werden neu erzeugt? Die von Offe aufgeworfenen Fragen solcher Art wären vordringlich zu klären, um Stellenwert und Wirksamkeit von Übergangsmaßnahmen zur Integration Jugendlicher in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem einschätzen und beurteilen zu können.

Quo vadis? – Nicht nur für die Philosophie, auch für die bodenständige Berufsbildungsforschung gilt die Feststellung Martin Heideggers (1963, S. 9): „Das Niveau einer Wissenschaft bestimmt sich daraus, wie weit sie einer Krisis ihrer Grundbegriffe *fähig* ist.“ Will sich die Berufsbildungsforschung nicht zum Sisyphos der Berufsbildungspolitik instrumentalisiert lassen, täte sie gut daran, sich über das Tagesgeschäft der empirischen Spezialforschung hinaus ihrer theoretischen Grundlagen zu vergewissern, darin inbegriffen die Überprüfung und Kritik der begrifflichen Analysewerkzeuge. Das gilt nicht nur für das Unwort der derzeitigen Berichterstattung – „Übergangssystem“ –, sondern auch für den Begriff der „Chancenverbesserung“, sofern damit der Anspruch verbunden ist: „Ausbildung für alle!“

Die Fördermöglichkeiten für Benachteiligte wurden in den vergangenen Jahrzehnten in alle Richtungen ausgebaut und an Stellen geschaffen, an denen Risiken der berufsbiografischen Entwicklung statistisch signifikant und unter Gesichtspunkten politischer Legitimität staatlicher Intervention opportun wurde. Daraus erwuchs ein Fördersystem, für das die Orientierung am Maßstab der Eingliederung in das Ausbildungs- und Beschäftigungssystem in der Öffentlichkeit als „Markenzeichen“ chancengleichheitsbezogener Berufsbildungspolitik in Anspruch genommen wird, das *tatsächlich* aber – je länger, um so wirksamer – kompensatorische Funktionen zum Ausgleich von Defiziten im regulären Ausbildungssystem übernahm, deren Ursachen letztlich in den Entwicklungen des Beschäftigungssystems unter dem Einfluss der Globalisierung begründet liegen (Kutscha 2005).

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!

Beiträge zur Arbeitsgruppe 23:

Stefan Kühne, M.A. (DIPF): Bildungsverhalten, individuelle Lebensführung und gesellschaftliche Teilhabe – Ein Überblick.

Prof. Dr. Martin Baethge (SOFI, Universität Göttingen): Ausbildungs- und Erwerbsperspektiven von Jugendlichen ohne oder mit niedrigem Schulabschluss.

Dr. Silke Anger, Dr. Olaf Groh-Samberg, Dr. Henning Lohmann (DIW): Soziale Lage von Personen ohne Abschluss im Lebenslauf.

Dr. Steffi Badel & Constanze Niederhaus (HU Berlin): Sind einfache Tätigkeiten wirklich einfach - Grundbildungslehrgänge als Chance für berufliche Teilhabe funktionaler Analphabeten?

Dr. Doreen Holtsch & Prof. Dr. Dr. h.c. Rainer Lehmann (HU Berlin): Der Beitrag von Alphabetisierungskursen zur beruflichen und sozialen Teilhabe der Teilnehmer.

Literaturangaben und Downloads zum Beitrag des Diskutanten

Arbeitsgruppe Bildungsberichterstattung (2008): Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Bielefeld.

http://www.bildungsbericht.de/daten2008/bb_2008.pdf (Zugriff: 21.03.2010).

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2008): Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.

http://www.bmas.de/portal/26742/-property=pdf/dritter_armuts_und_reichtumsbericht.pdf
(Zugriff: 21.03.2010).

Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2007): 10 Leitlinien zur Modernisierung der beruflichen Bildung – Ergebnisse des Innovationskreises berufliche Bildung.

http://www.bmbf.de/pub/IKBB-Broschuere-10_Leitlinien.pdf (Zugriff 21.03.2010).

Eckert, Manfred/Kutscha, Günter (1990): Übergangsprobleme und Wirksamkeit von berufsvorbereitenden Maßnahmen und Förderlehrgängen in der Region Duisburg. In: Projekt Jugend und Arbeit (Hrsg.): Jugendliche beim Einstieg in das Arbeitsleben. Regionale Chancenstrukturen und individuelle Strategien. München, S. 107-152.

http://www.uni-due.de/imperia/md/content/berufspaedagogik/16_eckert_kutscha_mnahmen.pdf

(Zugriff: 21.03.2010).

Heidegger, Martin (1963): Sein und Zeit. 10., unveränderte Auflage. Tübingen, S. 9.

Hövels, Ben/Kutscha, Günter (2001): Berufliche Qualifizierung und Lernende Region – Entwicklungen im deutsch-niederländischen Vergleich. Berichte zur beruflichen Bildung, Band 246, hrsg. vom Bundesinstitut für Berufsbildung. Bielefeld.

http://www.uni-due.de/imperia/md/content/berufspaedagogik/5_hoevels_kutscha_lernenderegion_2001.pdf
(Zugriff 21.03.2010).

Kutscha, Günter (Hrsg.) (1998): Regionale Berufsbildungs-Informationssysteme. Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Regionale Berufsbildungs-Informationssysteme (ReBIS)“ im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen.

http://www.uni-due.de/imperia/md/content/berufspaedagogik/8_kutscha_ua_rebis_abschlussbericht.pdf
(Zugriff 21.03.2010).

Kutscha, Günter (2004): Berufsvorbereitung und Förderung benachteiligter Jugendlicher. In: Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg): Expertisen zu den konzeptionellen Grundlagen für einen Nationalen Bildungsbericht – Berufliche Bildung und Weiterbildung/Lebenslanges Lernen. Reihe: Bildungsreform, Band 8. Bonn, S. 165-195.

http://www.uni-due.de/imperia/md/content/berufspaedagogik/2_kutscha_berufsvorbereitungkutscha_expertise_berufsvorb.pdf (Zugriff: 21.03.2010).

Kutscha, Günter (2005): Berufsvorbereitung im Spannungsfeld von Chancenförderung und Selektion benachteiligter Jugendlicher. In: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Wir brauchen hier jeden, hoffnungslose Fälle können wir uns nicht erlauben! – Wege zur Sicherung der beruflichen Zukunft in Deutschland. Bonn, S. 71-94.

Kutscha, Günter/Reif, Petra/Weiß, Walter (1987): Jugend auf Halde? Studien zur Übergangsproblematik Jugendlicher in der Montanregion Duisburg. Duisburg.

http://www.uni-due.de/imperia/md/content/berufspaedagogik/kutscha_reif_weiss_1987_19.pdf
(Zugriff. 21.03.2010).

Offe, Claus (1975): Bildungssystem, Beschäftigungssystem und Bildungspolitik – Ansätze zu einer gesamtgesellschaftlichen Funktionsbestimmung des Bildungswesens. In: Deutscher Bildungsrat (Hrsg.): Bildungsforschung. Probleme – Perspektiven – Prioritäten. Gutachten und Studien der Bildungskommission, Band 50, Teil 1. Stuttgart, S. 217-252.

Pilnei, Marion (1990): Kommunale Berufsbildungspolitik. Maßnahmen der Kommunen gegen Jugendarbeitslosigkeit als Reform von unten. München.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Berlin.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Publikation/IB/Anlagen/nationaler-integrationsplan,property=publicationFile.pdf> (Zugriff. 21.03.2010).